

Ausführungen zur Petition „400 Lehrerstellen mehr statt 200 weniger“

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/4703

Inhalt:

- I. Vorbemerkung*
- II. Petitionstext*
- III. Gründe*
- IV. Fazit*

I.

Vorbemerkung:

Diversen Presseartikeln des Madsack-Verlages konnte man im November/Dezember 2024 entnehmen, dass die Landesregierung von Schleswig-Holstein vorhat, aufgrund der Haushaltssituation 200 Lehrerstellen zu streichen.

Inzwischen wurde durch das Bildungsministerium eine detailliertere Darstellung der Planungen nachgeliefert, in der von insgesamt 163 Lehrerstellen die Rede ist, die eingespart werden sollen.

Es ist aus unterschiedlichen Gründen eine fragwürdige, ja sogar eine falsche, Entscheidung, überhaupt nur eine einzige Stelle einzusparen, sondern es ist im Gegenteil ist, das bereits heute unzureichend ausgestattete Schulsystem zu stärken. Es wird an dem wichtigsten gesellschaftlichen Ast weiter herumgesägt, auf dem wir alle zusammen sitzen. Daher die Forderung nach einer Trendumkehr im Sinne einer Neuschaffung und umgehender Besetzung von Lehrerstellen. Entgegen der durch die Landesregierung angestrebten Ausstattung des Schulsystems mit einer 100%igen statt mit einer wie bisher 101%igen Lehrerversorgung ist es notwendig, zumindest eine 103%ige Versorgung in einem ersten schnellen Schritt zu erreichen. Dies sollte mit 400 weiteren Stellen gelingen. Da die Krankheitsquote in deutschen Unternehmen nach jüngsten Erhebungen von Krankenkassen bei über 5 % liegt ([GKV - Entwicklung des Krankenstands | Statista](#)), ist eine Ausstattung mit Lehrpersonal von 103 % zwar noch immer unzureichend. Um eine tatsächliche 100%ige Unterrichtsversorgung zu jeder Zeit sicherzustellen, ist dies aber bereits deutlich besser als eine Versorgung mit nur 100 % Lehrpersonal. Diese „100%-Planung“ würde eine durchschnittliche Unterversorgung mit Unterrichtsstunden von über 5 % (siehe oben, Krankheitsquote) von vornherein beinhalten. **Kalkulierter Mangel darf nicht der Anspruch sein an ein funktionierendes staatliches Bildungssystem.**

Die Dringlichkeit des Anliegens wird verdeutlicht anhand der überwältigenden Anzahl von 10.055 Petitions-Mitzeichnungen. Seit mindestens 2022 (weiter reicht das öffentlich einsehbare Online-System nicht zurück) hat keine der seither eingereichten über 50 Petitionen mehr Mitzeichnungen gehabt. Ganz offensichtlich ist der Bevölkerung in Schleswig-Holstein im eigenen Alltag sehr deutlich, dass es im System Schule dringenden Handlungs- und Verbesserungsbedarf gibt.

II.**Petitionstext, eingereicht am 04.12.2024, veröffentlicht am 06.12.2024:**

Ich schreibe im Namen von betroffenen Eltern, deren Kinder Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein sind. Diese Kinder sind bereits heute in einem staatlich verantworteten Schulsystem unterwegs, das sich auszeichnet durch diversen Unterrichtsausfall bis hin zu gar nicht erteiltem Lehrplan-Unterricht, da es an besetzten Planstellen in vielen Schulen mangelt. Im Durchschnitt mag man konstatieren, dass alle Planstellen besetzt sind und es zudem noch eine, wenn auch minimale, Ausfallreserve gibt. Im Einzelfall bedeutet das, dass Unterricht oft nicht oder sporadisch stattfindet und die Eltern mehr und mehr Sorge dafür tragen müssen, dass der fehlende Unterricht aufgeholt wird. Das fordert Familien zeitlich und finanziell bereits heute teilweise enorm. Viele Familien können dies gar nicht leisten und die Kinder sind benachteiligt. Die Landesregierung möchte in dieser Situation Lehrerstellen streichen. Das bedeutet, dass die Situation sich noch verschärfen wird. Deutschland befindet sich in einem weltweiten harten wirtschaftlichen Wettbewerb. Fachkräftemangel ist bereits heute ein Thema, das von vielen Unternehmen beklagt wird. Da liegt es auf der Hand, dass wir gesellschaftlich ein überragendes Interesse daran haben müssen, die heranwachsende Generation zumindest mit einem guten Bildungsstand in diesen Wettbewerb zu entsenden. Das staatliche Schulsystem wird aber stetig mehr geschwächt. Jüngst mit dem Vorhaben, 200 Lehrerstellen in SH zu streichen. Dies ist der falsche Weg, um Deutschland zukunftsfest aufzustellen. Der Unterzeichner dieser Petition fordert daher als Sofortmaßnahme, um das schleswig-holsteinische Schulsystem zu stabilisieren und eine Trendwende einzuleiten, dass nicht 200 Stellen gestrichen sondern 400 neue Stellen geschaffen und umgehend besetzt werden. Der Unterzeichner fordert betroffene Eltern auf, diese Petition mit ihrer Unterschrift zu unterstützen, um dem schleswig-holsteinischen Landtag deutlich zu machen, dass die haushaltspolitischen Schwerpunktsetzungen dringend verändert werden müssen.

III.**Gründe:****a) Bedeutung der Unterrichtsversorgung fachlich und sozial**

Die Erteilung von Unterricht dient einerseits der Vermittlung der Inhalte, die in den Lehrplänen vorgesehen sind und andererseits soll der Schulbetrieb die Schülerinnen und Schüler bei der Entwicklung ihrer sozialen Kompetenzen unterstützen. Idealerweise sollte der junge Mensch seine persönlichen Stärken kennen und schätzen lernen und diese weiterentwickeln. Noch viel besser und sehr viel differenzierter wird der Auftrag von Schule in § 4 des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes in immerhin 15 Absätzen dargestellt ([Schleswig-Holstein - § 4 SchulG | Landesnorm Schleswig-Holstein | Bildungs- und Erziehungsziele | § 4 - Bildungs- und Erziehungsziele | gültig ab: 02.08.2024](#)).

Die Lehrplaninhalte sind idealerweise so angelegt, dass die Schülerinnen und Schüler einen Bildungsstand erreichen können, der sie in die Lage versetzt, nach dem Ende des regulären Schulbesuchs den Übergang in Beruf und/oder Studium zu schaffen, um letztlich ein finanziell selbstbestimmtes Leben durch Erwerbsarbeit führen zu können. Sie sollen zudem einen persönlichen Reifeprozess durchlaufen können, der sie zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern heranwachsen lässt, die in der Lage sind, die Vorteile einer

Demokratie schätzen zu können und sich dementsprechend für den Staat als Gemeinschaft der in ihm lebenden Menschen zu engagieren oder zumindest an den Wahlen der unterschiedlichen Parlamente teilzunehmen.

Jenseits der Lehrplaninhalte hat demnach Schule neben dem Elternhaus idealerweise Raum zu geben, sich über die Inhalte der Lehrpläne hinaus mit gesellschaftspolitischen, kulturellen, religiösen und philosophischen Aspekten aktiv auseinanderzusetzen. Ein Schulsystem, das allerdings von vornherein aufgrund mangelnder personeller Ressourcen die Spielräume für entsprechende Aktivitäten (Arbeitsgemeinschaften, Schulausflüge, Klassenfahrten, Workshops, Aktionswochen, Schultheater, Musik, Praktika, Projekte, Eingehen auf tagesaktuelle Themen) immer stärker einengt, wird dem eigenen Anspruch schon heute nicht gerecht.

Der Druck auf die Lehrerinnen und Lehrer ist aufgrund dessen von vornherein riesig und führt bei ihnen zu immer mehr Frust über die Rahmenbedingungen des Schulbetriebs und zudem auch zu individuellen gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Dies hat der Unterzeichner durch viele Gespräche mit betroffenen Lehrkräften deutlich aufgezeigt bekommen. Angeführt wird vor allem die in der Regel nicht bzw. wenigstens nur vollkommen unzureichend durchführbare individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern angesichts vielfältiger Herausforderungen bei einzelnen Schülerinnen und Schülern, die den Rahmen für einen geordneten Unterrichtsablauf immer wieder nachhaltig stören. Klassengrößen jenseits der 25 und teilweise auch jenseits der 30 tun ihr Übriges dazu. **Damit wird in der Regel verstoßen gegen § 4 Absatz 1 Schulgesetz, ohne dass die handelnden Lehrkräfte oder Schulleitungen dafür eine Verantwortung tragen.**

Zitat § 4 Absatz 1 Schleswig-Holsteinisches Schulgesetz:

„Der Auftrag der Schule wird bestimmt durch das Recht des jungen Menschen auf eine seiner Begabung, seinen Fähigkeiten und seiner Neigung entsprechende Förderung und Ausbildung, durch das Recht der Eltern auf eine Schulbildung ihres Kindes sowie durch die staatliche Aufgabe, die einzelne Schülerin und den einzelnen Schüler auf ihre Stellung als Bürgerin und Bürger mit den entsprechenden Rechten und Pflichten vorzubereiten.“

b) Auswirkungen guter Schulausbildung für die Zukunft junger Menschen

Ein funktionierendes Schulsystem sorgt dafür, dass sich junge Menschen mit ihren Fähigkeiten und Möglichkeiten nach erfolgreichem Abschluss der schulischen Ausbildung in den Erwerbsprozess eingliedern. Sie können Erfüllung in einer Erwerbstätigkeit finden und leben idealerweise ein gesundes und produktives Leben. Sie tragen durch gezahlte Steuergelder und Sozialabgaben zu einem prosperierenden Staatswesen bei und sie können sich auch im internationalen Wettbewerb erfolgreich positionieren. Die demokratischen Strukturen werden gestärkt von Menschen, die sich in politische Prozesse einbringen.

Für eine Demokratie brauchen wir politisch und auch sonst gebildete Menschen, die in unserer komplexen Welt nicht dem Populismus verfallen. Schule muss Kindern beibringen, mit dieser schwierigen Realität angemessen umzugehen.

Geschichtliches Bewusstsein zu entwickeln, Verständnis und Offenheit für andere Kulturen und Lebensweisen zu schaffen – diese Aufgaben sind wesentlich, um ein weiterhin weitgehend friedliches Miteinander in dieser Gesellschaft, in Europa und auch weltweit sicherzustellen.

Ein grundlegendes Verständnis für unser Wirtschaftssystem einschließlich der Fähigkeit, die eigenen Finanzen überblicken und regeln zu können, sind weitere fundamentale Fähigkeiten, die es im Schulbetrieb auszubilden gilt.

Aspekte der Biologie wie die Themen Gesundheit und Gesunderhaltung, Wirkungsweisen von Viren und Bakterien oder Kenntnisse des eigenen Körpers machen Kinder zu handlungsfähigen jungen Menschen mit der Möglichkeit zu selbstbestimmten Entscheidungen über den eigenen Körper.

Kenntnisse über Sprachen, Geographie und Politik, Kunst, Kultur und Religion, Physik, Chemie, Aspekte der Digitalisierung und noch viel mehr runden das Ganze ab und bieten dem jungen Menschen die Möglichkeit, sich in der komplexen Welt von heute angemessen zu bewegen.

Basis für die Kenntniserlangung ist dabei die Kompetenz, Texte lesen und deren Inhalte verstehen zu können.

c) Auswirkungen guter Schulbildung auf die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland

Je mehr im unter b) beschriebenen Sinn gut ausgebildete Schülerinnen und Schüler die Schulen verlassen, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass diese den Übergang in die Arbeitswelt erfolgreich bewältigen (abgeschlossene Berufsausbildung bzw. abgeschlossenes Studium). Sie erwirtschaften dann einen Anteil am Bruttoinlandsprodukt und zahlen in Sozialkassen und das Steuersystem ein. Nur auf diese Weise kann es gelingen, den demographischen Herausforderungen erfolgreich zu begegnen und auch morgen noch angemessene Infrastruktur (Straßen, Schienen, Gesundheitsversorgung, Bildung, Recht und Sicherheit, Kultur) vorzuhalten und angemessene Renten zu gewährleisten. Eine auf diese Art erfolgreiche junge Generation ist in der Lage, unsere Gesellschaft und unsere Demokratie weiterzuentwickeln, indem sie sich in angemessener Form in diese einbringt. Ihre Kompetenzen bringt die junge Generation zudem in die Entwicklung des jeweiligen eigenen Nachwuchses ein.

Einfach zusammengefasst: Bildung zahlt sich aus ([Infografik: Bildung zahlt sich aus | Statista](#)).

Oder anders ausgedrückt: weniger Bildung steigert das Risiko für Transferleistungsempfang.

Die Bundeszentrale für politische Bildung bringt es so auf den Punkt: „**Darum ist eine Bildungspolitik, die sicherstellt, dass alle Menschen die bestmöglichen Kompetenzen erreichen können, die beste Sozial- und Wirtschaftspolitik.**“ (Quelle: [Die volkswirtschaftliche Bedeutung von Bildung | Bildung | bpb.de](#))

d) Auswirkungen eines funktionierenden Schulsystems für betroffene Eltern

Heutzutage sind Eltern in der Regel erwerbstätig. Nach wie vor sind Frauen diejenigen mit einem höheren Anteil an Care-Arbeit und dennoch, durchschnittlich in einem etwas eingeschränkteren Rahmen als erziehende Männer, erwerbstätig. Die Möglichkeit, sich darüber hinaus mit Themen der Schule zu beschäftigen (Hausaufgabenkontrolle, ehrenamtliche Tätigkeiten für die Schule) sind eingeschränkt aufgrund der vielfältigen persönlichen Verpflichtungen, die Zeit und Energie kosten. Ein interessanter Aspekt ist in diesem Zusammenhang, dass nach aktueller statistischer Erhebung mehr als 17 % aller Kinder in Deutschland in bildungsfernen Milieus aufwächst.

„Das bedeutet, dass die Eltern der Kinder weder Berufsausbildung noch Universitätsabschluss haben. Wie das Redaktionsnetzwerk Deutschland unter Berufung auf eine Studie des arbeitgebnernahen Instituts der deutschen Wirtschaft berichtet, ist der Anteil dieser Minderjährigen zwischen 2011 und 2021 von 11,4 auf 17,6 Prozent gestiegen. Mehr als fünf Prozent der Kinder gehörten inzwischen der Gruppe mit Eltern ohne Schulabschluss an. Zudem war 2023 der Anteil der Niedrigqualifizierten bei den 25- bis 34-Jährigen mit 16,7 Prozent fast vier Prozentpunkte höher als zehn Jahre zuvor. Das lasse sich nicht allein auf Zuwanderung zurückführen, heißt es in der Studie des Kölner Instituts. Auch bei im Inland geborenen Menschen sei der Anteil Niedrigqualifizierter gestiegen.“

(Quelle: [Statistik - Immer mehr Kinder leben in bildungsfernen Milieus](#))

Ein funktionierendes Schulsystem gibt den Erziehungsberechtigten einen verlässlichen Rahmen, der es einerseits ermöglicht, einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachzugehen und der andererseits die Sicherheit bietet, dass der Unterrichtsstoff seitens der Schule hinreichend vermittelt wird. Gerade bei den 17,6 % der Kinder aus bildungsfernen Milieus (da die Zahl von 2021 ist, ist dieser Anteil vermutlich bereits bei knapp 20 %) kann nicht davon ausgegangen werden, dass die Kinder fachlich durch die Erwachsenen bei den Hausaufgaben unterstützt werden können. Es ist zudem anzunehmen, dass diese Erwachsenen auch finanziell kaum in der Lage sein werden, Nachhilfeunterricht zu organisieren. Ggf. wird nicht einmal die Notwendigkeit dafür erkannt werden. Gerade hier hat Schule den besonders dringlichen Auftrag, sehr verlässlich zu sein und unterstützend für die einzelne Schülerin bzw. den Schüler zu wirken.

e) Herausforderungen des aktuellen Schulsystems und sich ergebende Fragen an die Landesregierung

Steigende Schülerzahlen ([schleswig-holstein.de - Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur - Zahlen, Daten Fakten zum Schuljahr 2024/25](#)) und zunehmend heterogene Klassenverbände (Sprachniveau, fachliche Kenntnisse und kulturelle Unterschiede) würden eigentlich auch eine steigende Anzahl an Lehrkräften erfordern.

Stattdessen wird bzw. soll die ohnehin schon unzureichende Unterrichtsversorgung nach dem aktuellen Plan noch weiter heruntergekürzt werden.

Schulabsentismus ist (nicht erst) heutzutage ein nicht zu vernachlässigendes Thema an allen Schulen, und es beginnt bereits in den Grundschulen. Der Unterzeichner weiß dies durch seine beruflichen Erfahrungen im Kontext der Jugendberufsagentur. Aktuelle statistische Erhebungen sind schwer zu erhalten. Daher kann ich hier nur die Zahlen wiedergeben, die die Landesregierung im Rahmen einer kleinen Anfrage im Jahr 2023 benannt hat ([drucksache-20-00765.pdf](#)). Demnach waren im Jahr 2023 immerhin 2.324 Schülerinnen und Schüler mehr als 40 Schultage nicht anwesend. Über die Höhe einer mit Sicherheit vorhandenen Dunkelziffer kann hier nur spekuliert werden. Einen regelhaften Umgang mit dem Thema überlässt das Bildungsministerium den Schulen vor Ort. Ich höre aus Gesprächen mit Lehrkräften und Leitungskräften aus dem Bereich Schule, dass hier ein erhebliches Potenzial junger Menschen quasi „unterm Radar“ vorhanden ist, um welches sich das staatliche Bildungssystem nur stiefmütterlich kümmert, denn die Ressourcen hierfür sind nur marginal vorhanden. Im Nachbarstaat Dänemark gibt es für das Klientel, welches mit dem Regelschulbetrieb nicht (ausreichend) kompatibel ist, das alternative Angebot einer Produktionsschule. Das Bundesland Schleswig-Holstein kümmert sich nicht systematisch um dieses Thema. Schon hier geht Potenzial verloren, welches später in vielen Fällen im staatlichen Grundsicherungssystem versorgt werden muss mit erheblichen finanziellen Aufwendungen.

Wie will das Bundesland Schleswig-Holstein systematisch dem Schulabsentismus zukünftig begegnen?

Die **Abiturnoten in Schleswig-Holstein** sind nach jüngsten Zahlen **bundesweit die schlechtesten** ([Schüler aus SH haben den bundesweit schlechtesten Abischnitt | NDR.de - Nachrichten - Schleswig-Holstein](#)). Die **Noten in Mathematik** sind **beim Mittleren Schulabschluss zu 50 % entweder eine 5 oder eine 6** ([Mathe-Abschlüsse: Opposition spricht von „Desaster“](#)). Trotz aller Versuche des Bildungsministeriums, diesen Tatsachen etwas Positives abzugewinnen, kann man konstatieren, dass aktuell Vieles verbesserungsbedürftig ist auf einem zudem erschreckend niedrigen Niveau.

Die Ankündigung des Bildungsministeriums, hier gezielt gegenzusteuern, stößt bei mir auf die Frage: mit welchen Ressourcen soll das denn geschehen, wenn in gleichem Zuge bei steigenden Schülerzahlen noch 163 Stellen wegfallen? Wo eigentlich war bzw. ist die Initiative der Landesregierung, dem negativen Trend des schleswig-holsteinischen Schulsystems im Bundesvergleich mit Schwung etwas entgegenzusetzen?

Mangelhafte geschichtliche Bildung bzw. keine klare Orientierung in Bezug auf seriöse Informationsquellen führt zum Beispiel zu mangelnder Kenntnis zum Holocaust ([Studie zur NS-Zeit - Wissenslücken beim Thema Holocaust werden größer](#)) oder auch zu bedenklichem Wahlverhalten bei der Gruppe der Jungwählerinnen und -wähler, zum Beispiel jüngst bei der Wahl in Brandenburg ([Wahlerfolge der AfD: "Das verfängt bei jungen Männern" | tagesschau.de](#)).

Wenn sich diese Entwicklung fortsetzt, entsteht eine ernsthafte Gefahr für die Demokratie. Ist dies der Landesregierung egal?

Psychische und physische Gewalt ist an Schulen heute weit verbreitet, wie erneut durch eine aktuelle Studie belegt ist ([Neue Umfrage - Gewalt an Schulen nimmt zu - auch Lehrkräfte betroffen; Gewalt bleibt hoch, Politik taucht unter](#)). Die Ressourcen, die hier von schulischer Seite aufzubringen sind, um Entwicklungen aufzuarbeiten und Prävention zu betreiben, stehen in keinem Lehrplan.

Soll Gewalt an den Schulen in Zukunft zwangsläufig zum Schulalltag gehören? Wie wird gegengesteuert?

Schon im Jahr 2003 (!) hatte man in Schleswig-Holstein die politische Erkenntnis, dass jede Unterrichtsstunde wertvoll ist mit der **Initiative „Jede Stunde zählt!“** (<https://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl16/umdrucke/0500/umdruck-16-0553.pdf>).

163 Stellen multipliziert mit 24 Wochenstunden und 40 Arbeitswochen ergeben immerhin über 150.000 Unterrichtsstunden, die nun nicht werden stattfinden können.

Wenn jede Stunde auch heute noch zählt: wie sind dann diese 150.000 fehlenden Unterrichtsstunden zu verstehen?

IV.

Fazit:

Über 20 Jahre nach dem Start der Initiative „Jede Stunde zählt!“ kann man konstatieren, dass daraus leider nichts entstanden ist, was das Schulsystem entscheidend verbessert hätte, siehe meine bisherigen Ausführungen unter III.

Die nun angekündigten Stellenstreichungen sind vielmehr ein weiteres fatales und abschreckendes Signal an alle, die sich für ein Lehramtsstudium interessieren oder schon mittendrin stecken. Eine brandaktuelle Umfrage unter an Schulen tätigen Lehrkräften im Bundesland NRW hat ergeben, dass rund 70 % der Befragten bereits mindestens einmal darüber nachgedacht haben, den Beruf nicht länger auszuüben ([Umfrage unter Lehrkräften: Viele denken ans Aufhören | Kölner Stadt-Anzeiger](#)).

Das politische Signal muss sein, dass Bildung eine überragende Priorität hat und alles unternommen wird, um die bereits bestehende Bildungsmisere zu bekämpfen. Es droht

nicht nur ein weiterer Qualitätsverlust an den Schulen, sondern obendrein ein Lehrermangel. Nicht nur wegen der demografischen Entwicklung, sondern auch ausgelöst durch die aktuellen politischen Diskussionen und Weichenstellungen. Siehe dazu passend auch die Petition vom 10.12.2024 ([Für die Zukunft der beruflichen Bildung Lehrkräfte einstellen statt verlieren!](#)).

Die bisherige Kommunikation durch die Landesregierung lässt offen, welche **Alternativen zu den Stellenstreichungen** geprüft worden sind, um die damit angestrebte Einsparung in Höhe von 30 Millionen Euro zu erzielen. Der Haushalt 2025 umfasst 17 Milliarden Euro, da erschließt sich mir nicht, warum nicht 30 Millionen Euro anderswo gespart werden können. Es erschließt sich mir ohnehin nicht, **warum ausgerechnet im Bereich der Lehrkräfte, wo die Auswirkungen vermutlich am größten sind, gespart werden muss**, es gibt im Bildungsministerium ja auch ein „back office“.

Sollte dieses Sparen im Bildungsbereich und dort speziell bei den Lehrkräften angesichts noch zu liefernder Begründung trotz allem unumgänglich sein, dann **ist mir nicht klar, mit welcher Strategie die Landesregierung Schule angesichts knapper werdender Ressourcen zukunftsfähig machen will. Das aktuelle Schulsystem nicht auf den Prüfstand zu stellen, sondern es nur mit immer weniger Personal auszustatten, wird die unter III. geschilderten Probleme nur noch weiter vergrößern. Es wäre damit keine Lösung, sondern es wirkt wie eine politische Bankrotterklärung angesichts der realen, zugegebenermaßen wirklich großen, gegenwärtigen Herausforderungen.**

Es ist meine klare Erwartung und auch die der 10.055 Mitunterzeichnenden, dass zumindest die vorgesehenen Kürzungen nicht erfolgen. Es ist im Übrigen die einzig vernünftige Entscheidung, die man treffen kann, um aus der aktuellen Misere im schleswig-holsteinischen Schulsystem herauszukommen. Wenn man für die Ansiedlung einer vermeintlich zukunftssicheren Batteriefabrik bereit ist, dreistellige Millionenbeträge in Form eines nicht rückzahlbaren Zuschusses zu investieren, dann ist es doch wohl eine Selbstverständlichkeit, dass man in die eigentliche Zukunft unserer Gesellschaft, die junge Generation, ein Vielfaches investiert. Der Besuch einer Privatschule als Alternative zum dahinsiechenden staatlichen Schulsystem ist das Privileg der wohlhabenden Bevölkerung und kommt als ernstgemeinte politische Alternative für die große Mehrheit der Bevölkerung nicht infrage.

Es ist eine Binsenweisheit, dass in der jungen Generation (und NUR dort, denn wir haben nur EINE junge Generation) das Potenzial für die Zukunft eines Landes, in diesem konkreten Fall die des Bundeslandes Schleswig-Holstein, steckt. Wenn hier nicht gemeinschaftlich (über Parteigrenzen hinweg) geklotzt anstatt gekleckert wird, dann dürfen wir uns gesellschaftlich nicht wundern, wenn wir die Ernte einfahren, die wir säen und am Ende eben auch verdienen. **Die Verantwortung für diese Entscheidung trägt die Landesregierung – im Zweifel wahrgenommen durch die Richtlinienkompetenz des Ministerpräsidenten.**

Meine Bemühungen und klaren Einordnungen möchte ich so verstanden wissen, dass jedenfalls ich alles in meiner Macht Stehende getan habe, mich nicht an der Zukunft unseres Landes zu vergehen. Ich schreibe dies auch aus einer Verantwortung meinen fünf Kindern gegenüber, deren Kinder und Enkelkinder auch einmal eine Schule besuchen werden. Auf was für eine Schule sie wohl treffen werden und in was für einer Gesellschaft?

Mit demnach klarer Hoffnung auf eine Abkehr von dem Plan, Lehrerstellen zu streichen, verbleibe ich

Mit besten Grüßen

Stefan Stahl

Bad Segeberg, 13.02.2025